

verstehen, in welcher Welt sie lebten und warum sie diese Entscheidungen trafen. Ich akzeptiere natürlich nicht, was sie taten, aber ich glaube, dass wir alle zu solchen Handlungen fähig sind. Wenn man in diese Welt eintritt, kann man sehen, dass es nicht nur Männer tun, sondern auch Frauen. Wir denken oft an Personen wie

Eichmann, an diesen männlichen Büro- und Technokraten, aber man kann nicht über den modernen Staat sprechen und darüber, wie er verwaltet wird, ohne die Rolle der Frauen zu würdigen. Ihr Anteil an diesem Apparat ist sehr wichtig.

(Aus dem Englischen von Malte Osterloh)

Dieter Rulff

Starker Arm im Belastungstest

Gewerkschaften zwischen Interessenvertretung und Anpassungsmanagement

Gewerkschaften mussten in ihrer langen Geschichte häufiger hinnehmen, dass der Kampf um betriebliche Interessenvertretung am Widerstand der Kapitalisten scheiterte; vergleichsweise selten ist jedoch der Fall zu vermelden gewesen, dass die Belegschaft der Einrichtung eines Betriebsrates die Zustimmung verweigert. So geschehen Anfang Februar dieses Jahres im VW-Werk im US-amerikanischen Chattanooga, wo eine Mehrheit der Arbeitnehmer der traditionsreichen Gewerkschaft United Auto Workers (UAW) eine krachende Absage erteilte, weil sie dadurch den Standort gefährdet sah. Und das, obgleich die Unternehmensleitung aufgrund ihrer positiven Erfahrung mit betrieblicher Mitbestimmung in Deutschland dem Vorhaben durchaus wohlwollend gegenüber gestanden hat.

Die Szene von Chattanooga wirft ein irritierendes Schlaglicht auf den drastischen Wandel der industriellen Beziehungen, den Niedergang einst so mächtiger wie kampfstarker Gewerkschaften wie der UAW und die heutigen Schwierigkeiten, Arbeitnehmerinteressen zu organisieren. Denn diese werden ja nicht einfach in Standortinteressen aufgehoben. Wachsende Einkommensungleichheiten, Verarmung, die Preka-

risierung von Beschäftigungsverhältnissen lassen eine starke gewerkschaftliche Vertretung in dem Maße dringlicher erscheinen, wie deren Organisationskraft real schwächer wird. Die USA mögen da nur die krassesten Konturen einer Paradoxie vorzeichnen, die auch in Deutschland eines Tages Arbeitsalltag sein kann. Denn die Krise hat auch die Gewerkschaften hierzulande im Griff. Sinkende Mitgliederzahlen und nachlassende Mobilisierungsfähigkeit, schwindende Bindungswirkung der Tarifverträge und verblassender politischer Einfluss national wie international sind die inneren und äußeren Symptome des Niedergangs – der nicht unaufhaltsam sein muss.

Das von dem Politikwissenschaftler Wolfgang Schroeder nun in der zweiten Auflage herausgegebene *Handbuch Gewerkschaften in Deutschland* gibt einen umfassenden Einblick in den Zustand der nach wie vor größten gesellschaftlichen Selbstorganisation, durchleuchtet die Genesis ihrer Misere und lotet Reformoptionen aus. Es begnügt sich nicht damit, und das hebt das Buch von manch gängiger linker Zeitdiagnostik wohlthuend ab, allein die Umstände zu benennen, den Neoliberalismus zu beklagen, der zum Niedergang ge-

führt habe. Die Analyse ist handlungsorientiert, widmet sich auch den eigenen Blindheiten vergangener Tage und den Irrungen aktueller Wege sowie den Schwierigkeiten, sie zu beschreiten. In nüchterner Ausführlichkeit, die gleichermaßen Grundlagenwissen und aktuelle Erkenntnisse vermittelt, spart das Buch keine Facette des gewerkschaftlichen Soseins aus. Wessen Lektüreinteresse nicht durch eine fachspezifische Binnensicht vorgeprägt ist, dem sei empfohlen sich dem Thema quer zu der sinnvollen Systematik des Handbuchs zu nähern. Die Leserinnen und Leser können nach der fundierten Einführung ihren Weg der Erkenntnis über Klaus Schönhovens Aufsatz zur Geschichte und Josef Essers zum Funktionswandel der Gewerkschaften hin zu Helmut Wiesenthals Ausführung über die Rolle der Gewerkschaften im »Modell Deutschland« nehmen, um sich nach diesem Überblick den innerorganisatorischen, handlungsorientierten und internationalen Aspekten zu widmen.

Wie bei der Sozialdemokratie so bemisst sich auch bei den Gewerkschaften die Fallhöhe ihres Niedergangs an dem wohlfahrtsstaatlichen Höhenzug, auf dem nicht nur die deutsche Gesellschaft Anfang der 70er Jahre angefangen war. Es war ein Zustand des Wohlergehens der Arbeitnehmerschaft und ihrer Interessensvertretung, der sich einer Win-Win-Situation verdankte, die ihre Besserstellung zum Motor gesamtwirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung und damit letztendlich auch des Ertrages der Unternehmen machte. Es war die Zeit der Ost-West-Konfrontation, in der eine systemoppositionelle gewerkschaftliche Rhetorik durchaus im Einklang stand mit einer korporatistisch-pragmatischen Einbindung; Arbeitskampf und konzertierte Aktion waren zwei Seiten einer Medaille. Doch lassen sich bereits in der Hochzeit die ersten Vorböten des Niedergangs erkennen, werden jedoch, wie man im Nach-

hinein weiß, von einem bornierten gewerkschaftlichen Blick nicht wahrgenommen. So ist der gewerkschaftliche Arbeitnehmer-Prototyp noch über Jahrzehnte hinaus der *male-breadwinner*, obgleich das Bundesverfassungsgericht bereits 1954 Frauenlohngruppen für verfassungswidrig erklärt hatte. Ihre bloße Umbenennung in Leichtlohngruppen bei Beibehaltung der substanziellen Differenz zeugt von einem inhaltenden, mit schlechtem Gewissen gepaarten Widerstand der Gewerkschaften gegen einen Wandel der Gesellschaft und der Arbeitswelt. Er lässt sich auch im tarifvertraglichen und betrieblichen Umgang mit anderen Beschäftigtengruppen nachzeichnen, deren mangelhafte Organisation heute Teil der eigenen Misere ist.

Dieser Misere begegnen die Gewerkschaften mittlerweile nicht mehr allein mit dem funktionalen Argument einer kollektiven Interessensvertretung: Organizing und Campaigning sind neuere Strategien der Mitgliederwerbung, die durchaus Erfolge zeitigen und den Zweiten IG Metall-Vorsitzenden Detlef Wetzel bereits von einer »kopernikanischen Wende in der deutschen Gewerkschaftspolitik« sprechen lassen. In der Tat ist der Abwärtstrend der Mitgliederzahlen in den letzten Jahren gewendet worden. Dazu hat sicher beigetragen, dass die gesellschaftliche und öffentliche Wertschätzung wieder gewachsen ist, nachdem zur Jahrtausendwende das Gewerkschaftsbashing fast schon zur medialen Mode geworden war. Nicht zuletzt in der erfolgreichen Bewältigung der Krise 2008/09 in Deutschland zeigten sich die Vorteile eines funktionierenden Korporatismus.

Allerdings stehen die positiven Entwicklungsansätze auf wackligen Füßen, und verlangen nach einer substanziellen Stabilisierung. So hält der Trend zur Verbetrieblichung der Interessensvertretung an, die Bindungswirkung der Tarifvereinbarungen nimmt, auch aufgrund der Organisationsschwäche der Arbeitgeberverbände, ab. Gerade in kleineren und mitt-

Anzeichen des Niedergangs

leren Betrieben ist es schwer, eine eigene Interessenpolitik durchzusetzen. Der Zusammenschluss zu Multibranchengewerkschaften hat die Schlagkraft nicht im erhofften Maße erhöht. Zudem droht den Branchengewerkschaften durch das Aufkommen hoch organisierter Kleinorganisationen wie Cockpit, GdL und Marburger Bund eine Erosion an den Rändern, auf die sie noch keine Antwort gefunden haben.

Die Gewerkschaften nehmen eine Fülle von Funktionen im deutschen korporatistischen System wahr. Doch nicht immer ist klar, wer in der öffentlichen und politischen Auseinandersetzung für »die Gewerkschaften« spricht und nicht immer ist eindeutig, für welche Richtung in diesen Auseinandersetzungen die Gewerkschaften stehen. Der DGB hat als Dachverband gegenüber den Branchenriesen IG Metall und Ver.di an Gewicht verloren. Zugleich ist die frühere »privilegierte Partnerschaft« mit der SPD diffundiert, seitdem sich die Union wieder stärker sozialpolitischen Belangen geöffnet hat und vor allem seit sich

mit der WASG und später der »Linken« eine oppositionelle Partei aus dem gewerkschaftlichen Milieu herausgebildet hat.

Bislang wurde die europäische Integration durch eine ökonomische Internationalisierung vorangetrieben, der es an einer korrespondierenden sozialen Transnationalisierung mangelt. Deren zentraler Träger wären die Gewerkschaften, doch ob sich diese als eigener Akteur im europäischen Mehrebenensystem etablieren und inwieweit ihr Agieren vermehrt durch die Interessen der nationalen Arbeiterschaft oder durch eine europäische Warte bestimmt wird, ist umso offener, als fraglich ist, ob sich die Sozialbeziehungen auf europäischer Ebene überhaupt entsprechend dem nationalen Vorbild entwickeln werden.

Die Herausforderungen für die Gewerkschaften sind also zahlreich.

Wolfgang Schroeder (Hg.): *Handbuch Gewerkschaften in Deutschland. 2. erweiterte und aktualisierte Auflage.* Springer VS, Wiesbaden 2014, 790 S., 59,99 €.



Dieter Rulff

war Redakteur von Radio Glasnost, Ressortleiter bei der *taz* und bei der Zeitschrift *Die Woche* und ist nun freier Autor und verantwortlicher Redakteur der gesellschaftspolitischen Vierteljahresschrift *vorgänge*.

dieterulff@freenet.de

Christoph Ehmann

Aus Rechts mach Links

Von der realen rechten Gefahr zum linken Gespenst

Für die Alliierten stand nach der Befreiung Deutschlands 1945 die dauerhafte Verbanung faschistischen Denkens und Handelns aus dem öffentlichen Dienst der neu aufzubauenden Demokratie im Vordergrund politischen Handelns. Wo immer nur möglich setzten sie an die Stelle der alten Bürgermeister, Dienststellenleiter und

Polizeioberen unbelastete Personen. Dominik Rigoll nennt die Letztgenannten in seiner Analyse *Staatsschutz in Westdeutschland* die »45er«.

Doch nur wenige Jahre später wurden sie durch die »49er« ersetzt, solche Personen, die die Entnazifizierung mehr oder weniger schadlos überstanden hatten. Ge-